



Jahresbericht 2009 der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien ask

Der Kontext unserer Arbeit – Kolumbien 2009

1. Einleitung

Auch Kolumbien war 2009 von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Makroökonomisch hat sich das Land innerhalb Lateinamerikas zwar recht gut geschlagen. Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Unterschiede nehmen aber weiter zu. Die Arbeit wird bei schlechteren Bedingungen immer prekärer und die Gewerkschaftsrechte kommen unter die Räder. Die Entwicklungspolitik der Regierung Uribe beruht weiterhin auf Freihandel, Bergbau und Energie sowie auf Agrotreibstoffen und Agroindustrie. Dies führt zu immer schwerwiegenderen Konflikten (z.B. mit Afros und Indigenen) und zu Vertreibungen sowie Bodenkonzentration. Eine wirkliche Wiedergutmachungspolitik gibt es nicht; die Möglichkeiten für Vertriebene, auf ihr Land zurück zu kehren, sind schlecht. Nach wie vor haben illegale Aktivitäten ein sehr hohes wirtschaftliches Gewicht und die Durchdringung von Staat und Wirtschaft durch mafiöse Strukturen geht weiter. Die Politik der Demokratischen Sicherheit gelangt bezüglich Resultaten und Kosten langsam an eine Grenze, während der Konflikt selber 2009 sogar wieder an Intensität zugelegt hat und die FARC sich erfolgreich restrukturiert haben. Die Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau. Besonders hervorzuheben sind in diesem Bereich die sogenannten „falsos positivos“, von der Armee ermordete Zivilisten, die dann als im Kampf gefallene Guerilleros präsentiert werden, der Abhörskandal des Geheimdienstes DAS und die Kontroverse um die Nutzung kolumbianischer Militärbasen durch die USA.

2. Der politische und menschenrechtliche Kontext: „Falschheit“ mit System

„Falsos positivos“ – falsche militärische Erfolgsmeldungen – dies ist nicht nur eine sprachliche Verletzung und Verschleierung von Tatsachen, nämlich der gezielten, aussergerichtlichen Hinrichtung von unschuldigen Zivilisten, deren Ermordung als ein Erfolg gegen die Guerilla ausgegeben wird, sondern die „falsos positivos“ verweisen auch auf die systematische Verdrehung von Realität.

„Demokratische Sicherheit“ impliziert – rein vom Ausdruck her – die Herstellung, Garantieung und Aufrechterhaltung von Sicherheit innerhalb klarer demokratischer Normen und für alle Bürgerinnen und Bürger. Doch in der Realität bedeutet diese vermeintliche „demokratische Sicherheit“ die Vorherrschaft militärischer Befehlsgewalt über zivile Strukturen und Behörden und militärisch, mit Waffengewalt garantierter Sicherheit für Investoren, wichtige Verbindungswege und Infrastruktur. Mit Demokratie hat diese Sicherheit rein gar nichts zu tun. Im Gegenteil, sie liefert die Grundlage zur Aushebelung sämtlicher demokratischer Strukturen, so in den Gebieten, in denen selbst die Sozialhilfe und „Entwicklungsprojekte“ der militärischen Führung unterstellt sind. Oder wo der direkt dem Präsidenten unterstellte Geheimdienst DAS über Jahre systematisch die grundlegendsten Persönlichkeitsrechte von MenschenrechtsverteidigerInnen durch Bespitzelung, Abhören der privaten Kommunikation und minutiöser Überwachung verletzt.

Ein Prinzip der Demokratie ist die Gewaltentrennung. Heute wissen wir, dass die Verfassungsänderung, welche eine Wiederwahl von Präsident Uribe zuließ, mit aktiver Beste-

chung von Kongressabgeordneten durch Regierungsfunktionäre zustande kam. Es gibt auch keinen Zweifel darüber, dass sowohl bei den Wahlen von 2002 und 2006 kriminelle Organisationen – sprich die paramilitärischen Verbände und in deren Dienst stehende Politiker – Uribe entscheidend zum Wahlsieg verholfen haben. Und wir wissen, dass der Präsident selber einen Kampf gegen die Unabhängigkeit der Justiz anführt. Dies geht so weit, dass die Richter des Obersten Gerichtshofes, welche die Ermittlungen gegen die Politiker leiten, die Verbindungen mit den Paramilitärs angeklagt sind, derart massiv bedroht sind, dass sie den Interamerikanischen Menschenrechtshof um Schutz ersucht haben.¹ Dies ist die „demokratische Sicherheit“ Kolumbiens.

Die Verspottung minimalster demokratischer Abläufe erleben wir auch rund um die Vorbereitungen zur Präsidentschaftswahl im Jahr 2010. Sämtliche Normen, welche den Ablauf der Präsidentschaftswahl regeln, sind missachtet worden. Noch immer ist unklar, ob Präsident Uribe für eine dritte Amtszeit antritt und ob dies zulässig ist.

Falschheit beherrscht auch den Diskurs um die Drogen- und Terrorbekämpfung. So wird die Nutzung von sieben kolumbianischen Militärstützpunkten durch die US-Armee als ein notwendiger Schritt zur effizienteren Bekämpfung des Drogenhandels dargestellt. Abgesehen vom totalen Scheitern des Drogenkrieges – in den letzten 10 Jahren wurden allein in Kolumbien rund 7 Mrd. US-Dollar in diesen Krieg investiert – zeigen US-Dokumente auf, dass die USA diese Stützpunkte zur militärischen Überwachung und Kontrolle Südamerikas braucht und nutzen wird.

„Falsos positivos“ – Ermordung von Zivilpersonen durch die Armee

Präsident Uribe hat wiederholt die Armee aufgefordert, bei der „Terrorbekämpfung“ Resultate zu liefern und Effizienz zu zeigen. Dazu wurde ein finanzielles Anreiz- und Belohnungssystem geschaffen. Für jeden gefallenen Guerillero zahlt die Regierung eine Kopfprämie. Für einen „einfachen Guerillero“ rund Fr. 1900.-, für Guerilla-Kommandanten steigt der Preis. Für die „erfolgreichen Soldaten“ winken Urlaubstage und Kommandanten besonders erfolgreicher Armeeeinheiten können mit rascher Beförderung rechnen. Und der ehemalige Armeechef Montoya wollte „Stadien voller Toten“ sehen.

Die Folgen dieser Politik des „body count“ waren für mehr als zweitausend Zivilpersonen tödlich. Sie wurden von der Armee kaltblütig ermordet und dann als gefallene Guerilleros ausgegeben. Zwischen 1997 und 2008 registrierte der Zusammenschluss von kolumbianischen Menschenrechtsorganisationen, die Koordination Kolumbien-Europa-USA CCEEU, 2429 zivile Opfer. Unter Präsident Uribe nahmen die Morde durch die Armee dramatisch zu. Allein im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2007 und dem 30. Juni 2008 wurden mindestens 535 Zivilpersonen durch die Armee ermordet. Aussergerichtliche Hinrichtungen heissen sie im Menschenrechtsjargon.

Während die Regierung die Praxis der aussergerichtlichen Hinrichtungen durch die Armee in Abrede stellte, als unbeabsichtigte Fehlleistungen oder als Einzelfälle abtat, brachte der Skandal um elf Jugendliche aus Soacha, der Armenvorstadt im Süden von Bogotá, das Fass zum Überlaufen. Die Jugendlichen waren zum Verschwinden gebracht worden - teils ange lockt durch das Versprechen von Arbeit - und von der Armee kurze Zeit später hunderte von Kilometern entfernt als „bei Gefechten gefallen“ präsentiert worden.

Der Skandal flog am 23. September 2008 auf. In der Leichenhalle von Ocaña, im Nordosten des Landes, nahe der venezolanischen Grenze, stauten sich die Leichen, da der Vertrag mit der Friedhofverwaltung abgelaufen war. Darunter waren mindestens 23 Leichen von jungen Erwachsenen, welche die Armee an verschiedenen Daten als gefallene Kämpfer abgeliefert hatte. Elf davon waren in Soacha als vermisst gemeldet worden. Einer davon war Joaquin Castro. Er war am 13. Januar 2008 in Soacha verschwunden. Seine Leiche wurde nur zwei Tage danach in Ocaña von der Armee ins Leichenschauhaus gebracht und als bei Gefech-

¹ Am 18. Mai 2009 verfügte der Interamerikanische Menschenrechtshof Schutzmassnahmen für den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, welcher die Prozesse gegen die „Parapolitiker“ leitet. Siehe unter http://www.askonline.ch/kolumbien_aktuell/Ka_No_488_25Juni_2009.pdf

ten gefallen registriert. Erst am 20. September 2008 wurde die Mutter über seinen Tod benachrichtigt. Als sie in Ocaña die Leiche identifizierte, entdeckte sie unter den Toten weitere bekannte Jugendliche aus Soacha.

Am 26. September 2008 publizierte das UNO-Menschenrechtsbüro in Bogotá eine eindringliche Erklärung, in der die Praxis der aussergerichtlichen Hinrichtungen scharf verurteilt wurde. „Die Opfer erhalten Versprechen auf scheinbar legale oder auch illegale Arbeit. (...) Es scheint eigentliche kriminelle Netzwerke zu geben, welche die Personen täuschen und an den Ort bringen, wo sie dann umgebracht werden“, heisst es in der Erklärung.

Einen Monat später, am 29. Oktober 2008, stellte die Menschenrechtsplattform ihren Bericht über die aussergerichtlichen Hinrichtungen an einer Pressekonferenz vor. Am gleichen Tag, nur eineinhalb Stunden zuvor, hatte sich Präsident Uribe zum Handeln gezwungen gesehen: 27 Militärs wurden mit sofortiger Wirkung aus der Armee entlassen, darunter drei Generäle und elf Oberste. Tage später trat auch der Oberkommandierende der Armee zurück, General Mario Montoya.²

Später trafen aus dem ganzen Land viele weitere Klagen über unter ähnlichen Umständen verschwundene Jugendliche ein. Der Fall der ermordeten Jugendlichen aus Soacha entpuppte sich als Spitze des Eisberges.

Der UNO-Sonderbeauftragte für aussergerichtliche Hinrichtungen besuchte Kolumbien vom 8. – 18. Juni 2009. In seinem vorläufigen Bericht kommt Philip Alston zum Schluss, dass die aussergerichtlichen Hinrichtungen in Kolumbien „in besonders gravierender Weise die ländliche und arme Bevölkerung, die indigenen Völker, die AfrokolumbianerInnen, die GewerkschaftlerInnen, die MenschenrechtsverteidigerInnen und sozialen Führungspersonen treffen“. In Bezug auf die so genannten „falschen Erfolgsmeldungen“ bestätigte der UNO-Sonderberichterstatter die Modalität, in der sie durchgeführt werden: „Ein ‚Rekrutierender‘ täuscht das Opfer mit falschen Versprechen und bringt es an einen entfernten Ort. Dort wird es kurz nach seiner Ankunft von Mitgliedern der Armee getötet. Danach wird der Tatort verändert, so dass die Person als legitim bei einem Gefecht getötet erscheint. Oft werden Fotos gemacht, auf der das Opfer in der Uniform eines Guerillero erscheint und mit einer Waffe oder Granate in der Hand. Die Opfer werden anonym in Massengräbern bestattet und die Mörder aufgrund ihrer Erfolge im Kampf gegen die Guerilla belohnt.“ Alston betätigte auch die „systematischen Feindseligkeiten der Militärs“ gegenüber den Familienangehörigen der Opfer. Er bestätigte auch die Systematik dieser Morde durch die Armee und meinte, die aussergerichtlichen Hinrichtungen könnten nicht einfach „faulen Äpfeln“ in der Armee angelastet werden. „Die Anzahl der Fälle, deren geografische Verteilung und die verschiedenen involvierten Militäreinheiten zeigen, dass diese (aussergerichtlichen Hinrichtungen) auf eine mehr oder weniger systematische Weise und von einer bedeutenden Anzahl von Mitgliedern der Armee verübt wurden.“³

Trotz der auf enormen internationalen Druck erfolgten Entlassung von 27 involvierten Militärs und des Rücktritts von Armeechef Montoya herrscht bis heute Straflosigkeit. General Montoya⁴ wurde zum Botschafter in der Dominikanischen Republik ernannt und die übrigen Offiziere befinden sich in Freiheit. Einige sollen gar wieder aktiv bei der Armee Dienst leisten.⁵ Am 7. Januar 2010 wurden 17 Militärs freigelassen, die in die Ermordung der Jugendlichen von Soacha involviert waren und am 12. Januar 2010 kamen weitere 6 Militärs frei. Als Grund für die Freilassungen wurde der Ablauf der maximalen Höchstdauer für Untersuchungshaft angeführt. Weitere Freilassungen könnten folgen. Dabei handelt es sich bei aussergerichtlichen Hinrichtungen um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche nicht verjähren.

² Siehe auch unter http://www.askonline.ch/monatsberichte/MB_08_12.pdf

³ http://www.askonline.ch/kolumbien_aktuell/Ka_No_489_8_August_2009.pdf

⁴ Der an die USA ausgelieferte paramilitärische Chef und Drogencapo Fernando Murillo, alias Don Berna, beschuldigte General Montoya, bei der „Operation Orion“ im Oktober 2002 in Medellín mit den paramilitärischen Einheiten operiert zu haben. Siehe auch unter http://www.askonline.ch/kolumbien_aktuell/Ka_486.pdf

⁵ http://www.askonline.ch/kolumbien_aktuell/Ka_486.pdf

Der Menschenrechtsombudsmann von Soacha, Fernando Escobar, befürchtet, dass 43 der insgesamt 47 inhaftierten Militärs freikommen können, welche an den Morden an den Jugendlichen von Soacha beteiligt waren.⁶

Auch wenn das Verteidigungsministerium in einer Erklärung vom 8. Januar 2010 die Aufklärung und Bestrafung der Verantwortlichen für die Morde verlangt, kann dies nicht darüber hinweg täuschen, dass Familienangehörige und Zeugen wiederholt mit dem Tode bedroht und der Gerichtsprozess vorsätzlich verschleppt worden war. Oder wie hiess es im Titel: „Falschheit mit System...“

Die Bespitzelung durch den DAS-Geheimdienst

Kolumbien hat verschiedene Geheimdiensteinheiten. Eine davon, das Departamento Administrativo de Seguridad DAS⁷, untersteht direkt dem Präsidenten. Der Direktor des DAS wird vom Präsidenten ernannt. Jorge Noguera, persönlicher Freund von Uribe und von 2002 – 2006 Chef des DAS, ist u.a. angeklagt, Listen und Daten von Personen an die Paramilitärs weitergegeben zu haben, die danach von den Paramilitärs umgebracht wurden. Präsident Uribe versuchte seinen Freund und einstigen Wahlkampagnenchef für das Dep. Magdalena vor dem Zugriff der Justiz durch die Ernennung zum Konsul in Mailand zu retten. Heute ist Noguera inhaftiert.

Präsident Uribe ernannte Maria del Pilar Hurtado als Nachfolgerin von DAS-Direktor Noguera. Doch auch sie trat Ende 2008 von ihrem Amt zurück, als die systematischen Bespitzelung von Oppositionspolitikern durch den DAS bekannt geworden waren. Maria del Pilar Hurtado sollte für ihre guten Dienste mit dem Botschaftsposten in der Schweiz belohnt werden. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten der Schweiz EDA lehnte die Ernennung jedoch ab. Heute sitzt auch Frau Pilar Hurtado im Gefängnis.

Im Jahr 2004 wurde eine Sondergeheimdiensteinheit G-3 gebildet, um „Organisationen und Personen mit einer oppositionellen Tendenz gegen die Regierungspolitik zu überwachen mit dem Ziel, ihre Aktionen einzuschränken oder zu neutralisieren“. Nach der Anklageerhebung und der Aufnahme von Strafermittlungen im Jahr 2005 gegen den damaligen DAS-Direktor Jorge Noguera aufgrund seiner Verbindungen mit den paramilitärischen Strukturen, wurden die Funktionen der G-3 von einer neuen Struktur übernommen unter dem Namen *Nationale und internationale Beobachtungs- und Überwachungsgruppe GONI*. Diese Struktur setzte die Spionage, die Telefonüberwachungen und die Kontrolle des e-mail Verkehrs, die Überwachung der Wohnsitze und Arbeitsorte, die Personenbeschattungen, die Überprüfung von Dokumentationen und weitere Geheimdiensttätigkeiten fort. Diese Sondergruppe GONI entfaltete ab Beginn des Jahres 2006 ihre volle Tätigkeit und war direkt dem DAS-Direktor unterstellt. Viele der bekanntesten Menschenrechts-NGO's Kolumbiens und deren Mitglieder haben eine eigene Akte beim DAS.⁸

Die systematische Bespitzelung durch den DAS-Geheimdienst zielte nicht nur auf Oppositionelle und Journalisten, sondern umfasste auch RichterInnen des Obersten Gerichtshofes, des Verfassungsgerichtes und des Obersten Justizrates, den Generalstaatsanwalt und MenschenrechtsverteidigerInnen. Illegal wurden Telefone abgehört, sämtliche Kommunikation abgefangen, Personen beschattet und Daten erhoben, die bis in die letzten Details der persönlichen Intimität gehen. Hinter diesem Vorgehen standen keine Verfehlungen einzelner untergeordneter Beamter, sondern es handelt sich um eine von der Direktion des DAS und damit auch vom Präsidenten getragene Politik.

Kolumbianische Militärbasen als Stützpunkte der US-Armee

Im September 2009 verliess der letzte US-Soldat den US-Stützpunkt Manta in Ecuador. Der ecuadorianische Präsident Correa hatte im Jahr 2007 angekündigt, dass er das im Novem-

⁶Mitteilung der Opferbewegung MOVICE vom 13. Januar 2010

⁷ Ab dem 1. Januar 2010 wird der DAS formell aufgelöst und in die Agencia Central de Inteligencia de Colombia ACI umgewandelt.

⁸ Siehe auch unter http://www.askonline.ch/kolumbien_aktuell/Ka_487.pdf

ber 2009 ablaufende Abkommen mit den USA nicht mehr erneuern werde. Zudem verbietet die neue ecuadorianische Verfassung die Stationierung fremder Truppen in Ecuador. Die USA suchten Ersatz für ihren militärischen Vorposten. Aufgrund der politischen Lage kamen dafür nur zwei Länder in Frage: Peru und Kolumbien, beides treue Alliierte der USA.

Hinter dem Rücken von Parlament und Öffentlichkeit, handelte die kolumbianische Regierung ein Abkommen mit den USA über den Ausbau und die Nutzung von sieben kolumbianischen Militärstützpunkten durch die US-Streitkräfte aus. Am 30. Oktober 2009 unterzeichneten der kolumbianische Außenminister Jaime Bermudez und der amerikanische Botschafter in Bogotá, William Brownfield, das Abkommen. Während das Abkommen noch vom US-Kongress ratifiziert werden muss, kommt es in Kolumbien nicht ins Parlament. Dies mit der Begründung, es handle sich nicht um "ein internationales Abkommen, sondern um einen einfachen Vertrag, der Angelegenheiten regle, welche bereits in anderen Abkommen enthalten seien".⁹

Das Abkommen löste bei den Nachbarn Kolumbiens und den linken Regierungen Lateinamerikas Sorge und Entrüstung aus. Präsident Uribe reiste vom 4.-6. August 09 in verschiedene südamerikanische Länder, um den Regierungen das Abkommen zu erklären. Der kolumbianische Präsident Uribe blieb jedoch einem UNASUR-Treffen in Quito, Ecuador, fern, da die Beziehungen zwischen den beiden Ländern abgebrochen sind.

Beim ausserordentlichen UNASUR-Gipfeltreffen vom 28. August 09 im argentinischen Bariloche konnte Uribe die Bedenken der lateinamerikanischen Präsidenten gegenüber dem Abkommen nicht ausräumen. In einer gemeinsamen Erklärung wird davon gesprochen, „Südamerika als Friedensregion zu stärken“. Die Präsenz ausländischer Streitkräfte dürfe den Frieden und die Sicherheit der Region nicht gefährden.

Die Sorge über das Militärabkommen zwischen den USA und Kolumbien ist mehr als berechtigt. So heisst es in der Präambel, das Abkommen soll „die regionale Kooperation fördern und erleichtern, um so den andauernden Bedrohungen des Friedens und der Stabilität entgegen zu treten, wie dem Terrorismus“. Die USA rechtfertigten ihren Krieg gegen den Irak und Afghanistan mit dem gleichen Argument und mit dem Vorwand der Wahrung der „nationalen Sicherheit“ und der Zerschlagung „von verdächtigen Terrorgruppen“.

Kolumbien wird damit zum Flugzeugträger der USA. Und entgegen aller Beteuerungen hat das Abkommen klar offensiven Charakter. So heisst in einem Dokument der US-Luftwaffe, die Militärbasis Palanquero in Zentralkolumbien garantiere die Durchführung von Militäroperationen in ganz Südamerika, wo die Sicherheit und Stabilität ständig durch vom Drogenhandel finanzierte terroristische Aufständische, gegen die USA eingestellte Regierungen, die endemische Armut und häufige Naturkatastrophen gefährdet sei.¹⁰ Für den Ausbau dieser Luftwaffenbasis wurden im US-Militärbudget von 2010 bereits 46 Mio. US-Dollar reserviert.

Die US-Einheiten können die sieben Stützpunkte ohne jegliche Kontrolle nutzen und haben auch Zugang zu allen weiteren militärischen Installationen in Kolumbien und können diese auch nutzen. Den US-Militärs, den von diesen unter Vertrag genommenen privaten Sicherheitsdienstleistern (Söldner) und US-Zivilisten wird völlige Immunität garantiert. Damit soll das US-Personal vor dem Zugriff der nationalen wie auch der internationalen Justiz geschützt sein. Dies öffnet den Weg für Menschenrechtsverletzungen durch Soldaten und US-Söldner. Dies steht im Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsabkommen, welche von Kolumbien ratifiziert worden sind und auch mit dem Artikel 227 der kolumbianischen Verfassung. Darin wird festgehalten, dass die internationalen Beziehungen des Landes „auf der Grundlage von Ausgewogenheit, Gleichheit und Reziprozität“ beruhen müssen.¹¹

Die regionalen Spannungen wurden durch das Abkommen besorgniserregend verschärft und haben den Prozess der regionalen Einheit (UNASUR) empfindlich und nachhaltig ge-

⁹ El Tiempo, 30. Okt. 2009

¹⁰ http://www.centrodealerta.org/documentos_desclasificados/original_in_english_air_for.pdf

¹¹ http://www.askonline.ch/kolumbien_aktuell/Ka_490_Sept_2009.pdf

schwächt. Zudem haben sie die Möglichkeit einer Vermittlung des UNASUR im internen bewaffneten Konflikt Kolumbiens in weite Ferne gerückt. Dafür ist ein Rüstungswettlauf in der Region entbrannt. Damit werden notwendige Mittel zur Lösung der enormen sozialen Probleme zugunsten militärischer Aufrüstung umgeleitet.

Die Dynamik des bewaffneten Konflikts im Jahr 2009¹²

Der bewaffnete militärische Konflikt geriet 2009 verstärkt in eine Pattsituation, in der es keinem der Hauptkontrahenten gelang, entscheidende Vorteile zu erringen. Die Streikkräfte begannen das Jahr 2009 mit der Strategie des „strategischen Sprungs“. Sie stehen weiterhin unter starkem Druck, Resultate zu zeigen, was zu fortdauernder Zusammenarbeit mit illegalen bewaffneten Akteuren und zu rechtswidrigen Handlungen führt. Auch die FARC verfolgen seit Mitte 2008 eine neue Strategie, den *Plan Renacer* (Wiedergeburt): nebst der defensiven Verwendung von Antipersonenminen gingen die FARC verstärkt dazu über, Minen an Strassen, Wegen etc. zu platzieren und beim Auftauchen des Feindes ferngesteuert zu zünden und ihnen so einen offensiven Charakter zu geben. Weiter haben die FARC den Einsatz von Scharfschützen verstärkt, mehr kurze Überfälle (*hostigamientos*) durchgeführt und auch ihre Struktur an gepasst. Dieser Plan war zu 70% erfolgreich: gescheitert ist der Einmarsch ins Zentrum des Landes (Grossraum Bogotá) und die Verbreitung ihrer Mitglieder in den Städten.

Daraus resultiert eine verstärkte Pattsituation im bewaffneten Konflikt: die Sicherheitskräfte kontrollieren weiterhin die Produktionszentren des Landes sowie die grossen Kommunikationswege und konnten diese Kontrolle konsolidieren; die FARC haben ihre Kampfstärke aber trotz der Rückschläge von 2008 halten können und haben sogar damit begonnen, einige Territorien wieder zu besetzen. Beispiele dafür sind Aktionen der FARC in der Guajira, in Guaviare, Cauca und Nariño. Die FARC werden wegen den bevorstehenden Wahlen alles daran setzen, die Konfliktintensität bis mindestens Mitte 2010 beizubehalten. FARC und Regierung werden beide versuchen, Stärke zu demonstrieren und Resultate vorweisen zu können. Die Politik der demokratischen Sicherheit scheint im militärischen Bereich an eine Grenze stösst, wo es nur zwei Alternativen gibt: den Krieg vertiefen, oder eine Verhandlungslösung zu suchen. Die Regierung scheint eher auf eine militärische Lösung hinzuarbeiten, wie auch z.B. das Abkommen über die Nutzung der Militärbasen mit den USA zeigt. Nach sieben Jahren Politik der demokratischen Sicherheit mit all den Kosten und Investitionen fragt sich angesichts der Resultate, wie viel mehr denn noch notwendig sein wird.

Vergleicht man 2002 mit 2009, hat die Konfliktintensität nur 14% abgenommen, die vom Konflikt betroffenen Territorien gingen um 45%, die Mannstärke der FARC um 40% zurück. Die FARC sind aber weit von einer militärischen Niederlage entfernt. 300 Gemeinden leiden zudem unter den neuen aufstrebenden Gruppen oder reaktivierten paramilitärischen Gruppen, und das ELN stärkte sich in Cauca, Nariño und Arauca. 600 von 1090 Gemeinden weisen also Aktivitäten illegaler bewaffneter Gruppen auf. Die Situation wird dadurch noch komplizierter, dass es auch viele kleine illegale und bewaffnete Gruppen gibt, die sich v.a. der Kriminalität widmen, oder als kleine private Sicherheitsgruppen auftreten.

Das Land sollte auch dringend *ent-farct* (*desfarquizar*) werden: obwohl gegen die FARC die grössten Resultate erzielt wurden, gab es nach der Operation Jaque ein weitverbreiteter Siegestaumel über die Möglichkeit und Nähe, die FARC militärisch zu besiegen. Deren Kampfkraft wurde enorm unterschätzt. Die Fokussierung auf die FARC führt auch dazu, dass andere Gewaltphänomene wie die neu-alten Paramilitärs, die Gruppen im Dienst des Drogenhandels und die allgemeine städtische Gewalt unterschätzt oder vergessen werden, obwohl sie direkter und stärker die Bevölkerung beeinträchtigen.

2007 dachten die FARC, dass sie das schlimmste überstanden hätten, die Kriegsstrategie Uribes ihnen keinen grossen Schaden zugefügt hatte und die Führungsspitze intakt blieb.

¹² Dieses Kapitel ist eine Zusammenfassung der Analyse der NGO Corporación Nuevo Arco Iris, „La guerra contra las FARC y la guerra de las FARC“, Dezember 2009. <http://www.nuevoarcoiris.org.co>

Ende 2007 kam jedoch Martin Caballero des Bloque Caribe ums Leben, 2008 kamen drei Mitglieder des Sekretariats ums Leben (Manuel Marulanda alias Tirofijo starb eines natürlichen Todes, Ivan Rios und Raul Reyes im Kampf). Mehr jedoch als ein militärischer Erfolg war es ein politischer Sieg der Regierung. Die Meinung in der Bevölkerung, die FARC seien militärisch zu besiegen, stieg von 18% 2007 auf über 50% 2009. Das war jedoch eine gefährliche Fehleinschätzung, wie der recht erfolgreiche Plan Renacer der FARC zeigt. Die militärischen Aktionen zwischen Januar und Oktober 2009 stiegen um 25% im Vergleich zur selben Vorjahresperiode, die Zahl der Verletzten oder Getöteten Militärs stieg stark an. Der Konflikt konzentrierte sich in 50% des Territoriums und beeinträchtigte 40% der Bevölkerung, nicht aber die meinungsmachenden Sektoren.

3. Der soziale und wirtschaftliche Kontext

Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Kolumbien

Gemäss dem kolumbianischen Handelsminister hat Kolumbien die Wirtschaftskrise recht gut überstanden und weist eine der besten Bilanzen Lateinamerikas vor. Seinen Aussagen gemäss ist der Einbruch bei den Exporten von -17% der geringste Rückgang Lateinamerikas (durchschnittlich -24%). Der Rückgang der Exporte geht auf eine sinkende Nachfrage und auf sinkende Preise für viele Exportgüter zurück. Auch bei den ausländischen Direktinvestitionen (ADI) kam Kolumbien mit einem blauen Auge davon: diese gingen lediglich um 15% zurück. Peru konnte sein Niveau der ADI vom Vorjahr halten; diejenigen von Chile – hinter Kolumbien an dritter Stelle – gingen um 33% zurück. Von 2007 auf 2008 stiegen die ausländischen Direktinvestitionen noch um 26%, diejenigen im Bereich Bergbau und Öl gar von 4,5 auf 5,8 Mia. USD und somit um 30%.

Für das Jahr 2009 wird ein Wirtschaftswachstum von 0,3 - 0,5% erwartet. Für 2010 wird wieder mit 2,5% Wachstum gerechnet. Gemäss offiziellen Daten stieg die Arbeitslosigkeit im Oktober 2009 auf 11,5%. Im Oktober 2008 waren es noch 10,1% gewesen (einige Quellen gehen von 12 bis 14% aus). Forscher der Nationaluniversität befürchten aber im Februar 2010 einen Anstieg auf 14% - eine deutliche Entspannung dürfte erst Ende 2010 oder gar 2011 eintreten. Auch wenn Kolumbien 2011 wieder 6% wachsen dürfte, werde die Arbeitslosigkeit ohne proaktive Politik der Regierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen nicht unter 10% sinken. In den vergangenen Jahren hohen Wachstums haben sich die hohen Wachstumsraten immer mehr von einer stagnierenden Arbeitslosenzahl entkoppelt. 2007 wuchs die Wirtschaft beispielsweise über 7%, wobei unter dem Strich keine neuen Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Die Industrieproduktion ging 2009 um schätzungsweise 7,3% zurück. Somit handelt es sich vermutlich um ein schlimmeres Szenario als bei der Rezession 1999. Auch die ländliche Entwicklung und die Agrarproduktion sehen nicht gut aus. So stiegen die Importe von Agrarprodukten von 6 Mio. Tonnen im Jahr 2002 auf 9,8 Mio. Tonnen im Jahr 2008. Die Kaffeeproduktion sank trotz guten Weltmarktpreisen im Produktionsjahr 08/09 von 12,5 auf 8,6 Mio. Säcke.

Die Wirtschaftskrise hat gewisse Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten der kolumbianischen Wirtschaft verstärkt. Während durch die Krise Handel, Produktion und Exporte einbrachen und die Arbeitslosigkeit anstieg, wuchs der Finanzsektor von Januar bis Februar 2009 gegenüber derselben Periode im Jahr 2008 um 67,5% und erzielte Gewinne von über 500 Mio. USD. Umfangreiche Steuererleichterungen für Reiche und Firmen (eigentliche Steuererleichterungen) führen jährlich zu staatlichen Mindereinnahmen von etwa 7 Billionen Pesos; das sind rund 2,5% des Bruttoinlandproduktes. Gleichzeitig leidet Kolumbien unter einem Fiskaldefizit von 12 Billionen und hat kaum genügend Geld für Bildung und Gesundheit. Der Finanzminister verteidigte diese Steuererleichterungen jedoch mit dem Argument, dass auf diese Weise viele Investitionen gefördert würden. Gleichzeitig bekämpfte die Regierung aber das Opfergesetz, mit dem die Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen und staatlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit Entschädigungen erhalten hätten. Begründet wurde dies damit, der Staat habe keine Mittel, um die Opfer zu entschädigen.

Kolumbien wurde 2009 von der Weltbank in ihrer vergleichenden Studie *Doing Business* zum besten Land Südamerikas für Geschäfte erkoren¹³. In einer Klassifizierung von weltweit 183 Ländern liegt Kolumbien auf dem 37. Platz. Seit 2007 hat sich das Land um 28 Plätze verbessert und war damit einer von weltweit zehn Staaten, die sich drei Mal hintereinander verbesserten. Gemäss der Zeitschrift Portafolio stieg Kolumbien in die Elite der 20% derjenigen Länder auf, die am unternehmerfreundlichsten sind. Die Rangliste bewertet Kriterien wie Einfachheit der Geschäftseröffnung, die Regulierungsdichte oder eben die unternehmerischen Freiheiten, arbeitsmarktliche Vorschriften, Zugang zu Kredit, einfache und schnelle Baubewilligungen sowie Schutz der Investitionen und Vertragstreue. Die Tatsache, dass immer weniger Menschen eine stabile und würdige Arbeit haben, der gewerkschaftliche Organisationsgrad sinkt, die Arbeiter durch paramilitärischen Terror diszipliniert werden, sich die Armut kaum reduziert und Kolumbien eines der Länder Lateinamerikas mit dem grössten Ungleichgewicht ist, kommt in diesem Index leider nicht zum Ausdruck.

Freihandel

Kolumbien setzt weiterhin voll auf die Freihandelspolitik. Bis 2010 sollen elf Abkommen mit 47 Ländern abgeschlossen werden. Der Freihandelsvertrag mit den USA wurde schon 2006 unterzeichnet, vom US Kongress aber immer noch nicht ratifiziert. Die kolumbianische Regierung ist der Meinung, viel unternommen zu haben, um den Bedenken insbesondere der US-Demokraten bezüglich Gewerkschafts- und Menschenrechten Rechnung zu tragen, und würde in einer baldigen Ratifizierung ein Zeichen dafür sehen, dass es sich lohnt, in Kolumbien zu investieren. Präsident Uribe und verschiedene hohe Regierungsfunktionäre haben intensiv lobbyiert. Doch auch 2010 scheint keine schnelle Ratifizierung in Sicht zu sein. Zwar gibt es sehr unterschiedliche Gründe für die Nicht-Ratifizierung, so auch protektionistische Überlegungen gewisser Wirtschaftszweige. Insbesondere bei vielen Demokraten im Kongress stehen aber weiterhin die Menschenrechte im Vordergrund. Die afroamerikanischen Abgeordneten beispielsweise setzen sich zudem für die Situation der Schwarzen Gemeinschaften in Kolumbien ein.

Ebenfalls nicht weitergekommen ist der Vertrag mit Kanada. Am 7. Juni 2008 gingen die Verhandlungen zu Ende und die kanadische Regierung war fest entschlossen, den Freihandelsvertrag rasch unter Dach und Fach zu bringen. Für die Regierung ist Kolumbien ein etablierter und zunehmend wichtiger Markt sowie das Ziel vieler Direktinvestitionen v.a. im Bergbau. Die kanadische Regierung geht zudem davon aus, dass das Abkommen zur Stabilität Kolumbiens beiträgt, dies sowohl in gesellschaftlich-politischer Hinsicht als auch in Bezug auf die Rechtssicherheit für die Investitionen. Eine sehr gut organisierte zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Opposition hat eine Ratifizierung aber bisher verhindert. Schon zweimal wollte die Regierung das Abkommen zur Ratifizierung ins Parlament bringen, beide Male scheiterte sie und musste das Regierungsdekret zurückziehen. Kolumbien hat das Abkommen mit Kanada hingegen schon im August 2009 ratifiziert.

Weit fortgeschritten sind auch die Verhandlungen zwischen Peru und Kolumbien mit der Europäischen Union. Es fehlt wahrscheinlich nur noch eine Verhandlungsrunde, um die letzten Differenzen beilegen zu können. Das Ende des Bananenkonflikts hat die Verhandlungen am Schluss erleichtert. Die Opposition gegen diesen Freihandelsvertrag ist aber gross und wächst weiter. So haben im November 2009 über 130 Organisationen aus Europa, Lateinamerika und der Karibik einen Abbruch der Verhandlungen gefordert. Dazu führten sie acht Argumente ins Feld. Der ursprüngliche Ansatz eines Assoziierungsabkommens wurde aufgegeben und damit z.B. der politische Dialog (auch Menschenrechte) herausgekippt. Dadurch stiegen Ecuador und Bolivien aus den Verhandlungen aus, was zu einer schweren Krise in der Gemeinschaft Andiner Staaten (CAN) führte. Die sozialen Organisationen befürchten zudem, dass der Freihandel die soziale Marginalisierung sowie die Konflikte verschärft und die Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe durch ausländische Konzerne die Entwicklungsmöglichkeiten sowie die Souveränität Perus und Kolumbiens einschränken. Zudem

¹³ <http://www.doingbusiness.org/ExploreEconomies/?economyid=46>

würden in Peru und Kolumbien die Menschenrechte massiv verletzt, was im Abkommen nicht thematisiert sei. Ebenso wenig gebe es eine Lösung für die Migrationsfrage. Zudem habe die Zivilgesellschaft keine Möglichkeit gehabt, mit Vorschlägen effektiv an den Verhandlungen teilzunehmen.

Das bisher einzige Industrieland, das ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien ratifiziert hat, ist die Schweiz. Das EFTA-Freihandelsabkommen mit Kolumbien wurde im Mai 2009 vom Nationalrat und im September 2009 vom Ständerat ratifiziert. Norwegen, wichtigster EFTA-Partner der Schweiz, hat u.a. wegen menschenrechtlicher Bedenken bis jetzt noch nicht ratifiziert. Die offizielle Schweiz hat sich darüber hinweggesetzt und hält es im Gegensatz zu Dutzenden von NGOs auch nicht für notwendig, die Auswirkungen des Abkommens auf die Menschenrechte zu untersuchen (Human Rights Impact Assessment) oder Sozial- und Menschenrechtsklauseln in das Abkommen zu integrieren. Dass gerade die Schweiz als erstes und bisher einziges Industrieland ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien ratifizierte, während alle anderen Länder u.a. wegen menschenrechtlichen Bedenken eine Ratifizierung bis heute hinausschieben, ist angesichts des ansonsten positiven Menschenrechts- und Friedensengagements der Schweiz in Kolumbien bedauerlich. Auch wenn unser Land wirtschaftlich und politisch keinen enormen Einfluss in Kolumbien hat, setzt sie damit doch ein – unserer Meinung nach falsches – Zeichen. Zudem ist die Schweizer Wirtschaft in Bereichen tätig, in denen die Freihandelsabkommen die schwerwiegendsten Auswirkungen haben können. Dazu gehören Bergbau und Energie, Banken, Versicherungen und Dienstleistungen, Pharma, Ernährung sowie Agrochemie.

Kolumbianischen Studien gemäss enthalten die Freihandelsabkommen verschiedene Vorschriften, die negative Folgen für die kolumbianische Wirtschaft und Gesellschaft haben. Befürchtet werden ein weiterer Einbruch der Industrie und der Landwirtschaft sowie weitere Privatisierungen im Dienstleistungs-, Telekommunikations- und Energiesektor. In verschiedenen Städten und Regionen wurde die Versorgung mit Strom und Wasser nach der Privatisierung schlechter und teurer. Als die armen Bevölkerungsschichten die Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten, wurde ihnen der Service ganz abgestellt. Spanische Firmen wie Endesa und Union Fenosa wurde deshalb im Meinungstribunal (Tribunal Permanente de los Pueblos) verurteilt und sahen sich wütenden Protesten der Bevölkerung gegenüber. Die Schweiz dürfte durch das Freihandelsabkommen v.a. im Bereich Finanzdienstleistungen und Versicherungen sowie in der Pharmabranche grosse Vorteile erhalten. Patente würden verlängert, der Markteintritt von Generika verzögert. Im Falle des US-Abkommens wird gemäss der Organisation Misión Salud bei Medikamenten mit Preisauflagen von 30 – 40% und Mehrkosten von einer halben Milliarde USD pro Jahr zu rechnen sein. Bis zu 5 Millionen Kolumbianer könnten sich die Medikamente nicht mehr leisten¹⁴.

Arbeitskonflikte und Gewerkschaftsrechte

Würdige Arbeitsbedingungen sind ein Kernanliegen der ILO - Kolumbien entfernt sich aber von deren Verwirklichung. Von 1992 bis 2006 nahmen die unbefristeten Arbeitsplätze um 40% ab, die Temporärstellen nahmen hingegen um 192% zu; betroffen waren insbesondere der Bereich Banken und Dienstleistungen. Bergbaukonzerne, darunter die Zuger Firmen Glencore und Xstrata, betreiben ihre Minen mit einem hohen Prozentsatz an Temporärarbeitern aus Stellenbörsen und über Vertrags-Unternehmen. In der Agroindustrie, z.B. auf Palmen- und Zuckerrohrplantagen, wurden die festangestellten Arbeiter entlassen und gezwungen, Kooperativen zu bilden. Diese erhalten für bestimmte Arbeiten eine Pauschalsumme, von der sie die Verwaltung der Kooperative, die Sozialversicherung der angeschlossenen Arbeiter, Schutzkleidung etc. bezahlen müssen. Was übrig bleibt, wird als Lohn ausbezahlt. Damit entledigten sich die Unternehmen der sozialen Verantwortung. Den Arbeitern der Ko-

¹⁴ Für weitere Informationen zu den Freihandelsabkommen: <http://www.bilaterals.org/?lang=en> und <http://www.recalca.org.co/>. http://www.recalca.org.co/files/NO_HAY_DERECHO_A_LA_SALUD_EN_EL_TLC.pdf http://www.med-informatica.com/OBSERVAMED/Propiedad_intelectual/AlianzaCAN-UE_ComunicadoPrensa_jun09.doc

operativen bleibt manchmal nur ein halber Mindestlohn, der weit von einem *living wage* entfernt ist. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften führen deshalb in Kolumbien eine Kampagne für würdige Arbeitsbedingungen durch¹⁵.

Die Zahl der Arbeiter, die einem Gesamtarbeitsvertrag unterstehen, gingen von 1996/97 bis 2006/07 um zwei Drittel zurück. Das Recht auf kollektive Verhandlungen wird u.a. durch Schweizer Unternehmen wie Nestlé und Glencore/Xstrata massiv eingeschränkt. Die Arbeitsbedingungen bei Nestlé haben sich, der allgemeinen Tendenz entsprechend, verschlechtert. Die Gesetzgebung, die Praxis der Arbeitsbehörden und -gerichte sowie die Firmenpolitik untergraben zudem das Recht auf Vereinigungsfreiheit: Unter Präsident Uribe wurde über 200 neuen Gewerkschaften die Registrierung verweigert. Die Chancen, vor Gericht in Fragen der Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf kollektive Verhandlungen Recht zu bekommen, sind sehr gering. So existieren nur in einer Minderheit der Tochterfirmen von Glencore/Xstrata Gewerkschaften. Die Einhaltung der ILO-Kernkonventionen 87 und 98 ist nicht garantiert¹⁶.

Bis zum 15. Dezember 2009 wurden 37 ermordete Gewerkschafter verzeichnet, davon 16 Führungspersonen. 2007 waren es 39 ermordete Gewerkschafter, 2008 deren 49. In den letzten 23 Jahren wurden 2694 Gewerkschafter ermordet, in der Regierungszeit von Uribe gab es über 3000 Übergriffe gegen das Leben, die Integrität und die Freiheit von gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen. Die Mordrate von Gewerkschaftern ist sieben Mal höher als die der Gesamtbevölkerung. Entgegen den Angaben der Regierung halten die Gewerkschaften fest, dass die gegen sie verübte Gewalt klar auf ihre Tätigkeit zur Verteidigung der Arbeitsrechte zurückgeht. Die von der Regierung massiv erhöhten Schutzmassnahmen sind wenig wirkungsvoll; die Sonderstaatsanwälte haben in der Straflosigkeit keine wirkliche Kehrtwende gebracht. In den 2694 Fällen ermordeter Gewerkschafter wurden gemäss der Staatsanwaltschaft nur in 1104 Fällen Strafuntersuchungen eingeleitet. In 60% aller Fälle wurden somit keine Untersuchungen eingeleitet oder es sind keine solchen bekannt. Verurteilungen gibt es gar nur in 90 Fällen von ermordeten Gewerkschaftern, was eine Straflosigkeit von 96% bedeutet. Beim aktuellen Rhythmus der Verurteilungen und unter der Voraussetzung, dass die Einheit der Sonderstaatsanwälte erhalten bleibt und es keine weiteren Morde mehr gibt, würde es bis zur Überwindung der Straflosigkeit noch 37 Jahre dauern¹⁷.

Kolumbien verletzt weiterhin grundlegende Arbeitsrechte und ILO-Normen. An der 98. ILO-Konferenz im Juni 2009 war das Land auf einer Liste von 25 Staaten aufgeführt, welche die Kernnormen der ILO verletzen. Kolumbien musste insbesondere wegen der Verletzung der Konvention 87 Rechenschaft ablegen¹⁸.

Kohle – Konflikte bei Xstrata und Glencore

Im Bergbau – besonders im Kohlenabbau – war das Jahr 2009 von Arbeitskonflikten geprägt. Bei Drummond, dem US-Kohlenmulti, starb im März ein Arbeiter wegen ungenügenden Sicherheitsvorkehrungen. Die Arbeiter führten spontane Proteste durch, die aber als illegal erklärt wurden, und Drummond ermöglichte, viele Gewerkschaftsführer zu entlassen. Drei weitere Arbeiter starben im Betrieb 2009 unter ähnlichen Umständen. Dabei handelte es sich meistens um Arbeiter von Temporärbüros mit minimaler Ausbildung.

Angeblich wegen der Wirtschaftskrise und der Schwierigkeit, Kredite aufnehmen zu können, stieg Glencore im Frühjahr aus der Raffinerie in Cartagena aus. Die Firma hatte 2006 eine 51%-Beteiligung mit der Auflage übernommen, die bisher staatliche Raffinerie zu modernisieren und auszubauen. Im März 2009 übergab Glencore auch die Kohlenminen im Department Cesar (Prodeco, Calenturitas, Carbones de la Jagua und CMU) an Xstrata und konnte im Gegenzug an einer Aktienerhöhung von Xstrata teilnehmen. Xstrata übernahm von

¹⁵ Siehe http://www.trabajodecente.org.co/contenido/images/stories/documentos/resumen_campania_web.pdf

¹⁶ http://www.askonline.ch/index.php?option=com_weblinks&catid=44&Itemid=102

¹⁷ Ausführliche Berichte zu Arbeitsrechten und Gewalt gegen Gewerkschaft veröffentlicht die Nationale Gewerkschaftsschule, Escuela Nacional Sindical: <http://www.ens.org.co/>

¹⁸ http://www.redjuridicacutctc.com/novedades/informe_a_la_oit_con_recibido.pdf

Glencore viele Probleme im Umwelt- und Arbeitsbereich. Der Ruf dieser Kohlenminen ist sehr schlecht. So werden verschiedene Umweltnormen nicht eingehalten und die Sozialinvestitionen von der Bevölkerung als ungenügend erachtet. Auch die beabsichtigte Umleitung des wichtigsten Flusses in La Jagua, des Rio Calenturitas, und die ungelöste Umsiedlung mehrerer Dörfer sorgen für Empörung.

Die Gewerkschaften Sintramienergética und Sintraime führten mehrere Streiks und Protestaktionen durch, u.a. gegen das Eisenbahnunternehmen FENOCO, eine Tochtergesellschaft von Drummond, Xstrata und weiteren Bergbauunternehmen. FENOCO weigerte sich seit November 2008, eine Sektion der Gewerkschaft Sintraime anzuerkennen und über einen Forderungskatalog zu verhandeln. Ein Streik der Arbeiter wurde zwar für illegal erklärt, FENOCO aber per Gerichtsurteil gezwungen, Verhandlungen aufzunehmen. Die im November 2009 gestarteten Verhandlungen endeten ergebnislos; die Arbeiter votierten Anfang Dezember für einen Streik.

Auch bei Cerrejón gab es mehrere Konflikte und keinerlei Fortschritte in der Umsiedlungsfrage. Im Januar 2009 gewann Sintracarbón am Public Eye in Davos den Positiv Award für ihr Engagement zu Gunsten der Gemeinschaften. Zuhause kämpft die Gewerkschaft aber mit Hunderten von arbeitsbedingt erkrankten Arbeitern, die von der Mine keine korrekte medizinische Behandlung erhalten und dem Risiko ausgesetzt sind, auf die Strasse gestellt zu werden. Sintracarbón versuchte auch, die gut 4000 Temporärarbeiter zu organisieren, die in Dienstleistungsunternehmen für Cerrejón arbeiten. Versuche, Gewerkschaften beim Transportunternehmen Sotrans und bei der Wartungsfirma Chaneme zu gründen, scheiterten jedoch. Die Firmen entliessen die Gewerkschaftsspitze und weigerten sich - anscheinend mit dem stillschweigenden Einverständnis von Cerrejón - Verhandlungen aufzunehmen¹⁹. In Bezug auf die Umsiedlungen mehrerer Dörfer sind kaum Fortschritte zu verzeichnen. Im Dezember 2008 wurde für die Vertriebenen des 2001 gewaltsam geräumten Dorfes Tabaco ein Abkommen über Entschädigungszahlungen und den Wiederaufbau des Dorfes an einem neuen Ort unterzeichnet. Die Entschädigungszahlungen wurden von vielen Vertriebenen als zu gering erachtet und bis heute konnte für den Wiederaufbau Tabacos nicht mal das Grundstück gekauft werden. Für die vier anderen umzusiedelnden Dörfer gab es in den Verhandlungen weder in Bezug auf die Entschädigungszahlungen noch das Land für die neuen Dörfer oder über produktive Projekte markante Fortschritte. Vor allem aber ist es der Mine immer noch nicht gelungen, Vertrauen in die Umsiedlungsprozesse zu schaffen²⁰.

Bergbau als Konfliktelement

Kolumbien sieht seine Entwicklungschance vor allem als „país minero“, als Bergbauland, und hat die Gesetzgebung sowie die Verträge dazu angepasst, um für ausländische Investoren attraktiver zu werden. Dieses Engagement scheint sich „gelohnt“ zu haben. Kolumbien befürchtete 2002, bald zum Nettoerdölimporteur zu werden. Dank neuen, schlanken und für ausländische Firmen vorteilhaften Verträgen konnte die Exploration stark ausgedehnt und verschiedene neue Fördergebiete erschlossen werden. Im Bergbau wurden v.a. sehr viele Konzessionen für den Goldabbau vergeben. Die Explorationstätigkeit deckt sich häufig mit denjenigen Regionen, in denen der bewaffnete Konflikt noch heute am heftigsten tobt. So gehören die Departements Nariño und Cauca zu den 3 Hauptkriegsgebieten 2009 und in beiden Departements wurden bisher je über 100 Konzessionen für Explorationsarbeiten vergeben oder sie sind beantragt. Dies führt zu verschiedenen Konflikten mit indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften und deren kollektiven Territorien. Kennzeichnend ist, dass nie ein korrekter Konsultationsprozess für die vorgängige informierte Zustimmung (*consulta previa*) durchgeführt wurde.

Deshalb gibt es auch im Chocó schwere Konflikte, so z.B. am Berg Careperro am Jiguamiandó-Fluss, wo der US Konzern Muriel Mining Corporation gegen den Willen der Embera-Indianer Explorationen durchführt. Es wurde kein korrekter Prozess der *consulta previa*

¹⁹ http://www.askonline.ch/themen/Wirtschaft_MR/Arbeitskonflikte_TemporaerarbeiterCerrejonDez09.pdf

²⁰ http://www.askonline.ch/themen/Wirtschaft_MR/InterviewYoeWilmanNov09.pdf

durchgeführt, worauf die Indigenen Anfang 2009 die Bergbauangestellten sowie die Armee vertrieben und im Februar ihre eigene Befragung durchführten. Darin kam klar zum Ausdruck, dass die Emberas die Mine nicht wollen. Der Konflikt mit Muriel Mining und der Armee führte aber auch zu internen Vertreibungen dieser Gemeinschaften²¹.

Angespannt ist die Lage zudem im Catatumbo, wo grosse Kohlenvorkommen erschlossen werden sollen und Kupfer sowie Eisenvorkommen vermutet werden. Zudem werden in der Gegend, wo die Paramilitärs ab 1999 grausame Massaker durchführten, die Cocapflanzungen massiv besprüht, was die humanitäre Situation verschlimmert. Die Indigenen der Ethnie Barí sowie die Kleinbauern wehren sich gegen den Verlust ihres Territoriums. Die Kleinbauern versuchen, wie die Afros und Indigenen ihr Land kollektiv titulieren zu lassen. Zudem verlangen sie, als dort verwurzelte Bauerngemeinschaft gleich wie Indigene und Afros vorgängig konsultiert zu werden. Seit Anfang August 2009 leben viele Bauern in einem humanitären Camp. Dies einerseits um sich vor Übergriffen illegaler bewaffneter Gruppen zu schützen, andererseits weil sie durch die Cocabesprühungen vertrieben wurden. Seit August führen die Bauern einen Dialog mit Regierungsinstanzen und Behörden von der Gemeinde- bis zur Nationalebene, verlangen Soforthilfe, Mittel für die Landwirtschaft und Garantien für den Verbleib im Territorium.

Auch durch Staudammprojekte gibt es viele Konflikte mit der lokalen Bevölkerung. Besonders tragisch ist die Situation der Embera Katios in Córdoba, am Sinú-Fluss. Vor gut zehn Jahren wurde das Stauwerk Urrá I gebaut. Dies erfolgte mit drastischen Konsequenzen für das Leben der Indigenen, für ihren Transport, den Fischfang und die territoriale Unversehrtheit. Die Betroffenen besetzten damals über sechs Monate das Umweltministerium in Bogotá, bis ihnen Wiedergutmachungsmassnahmen zugestanden wurden. Ein Grossteil dieser Ersatzmassnahmen ist bis heute nicht erfüllt. Doch nun ist geplant, Urra II respektive das Projekt Río Sinú durchzuführen. Die Planer sprechen nicht von einem Kraftwerk, sondern von Bauten die notwendig seien, um die ökologischen Ziele von Urra I zu vervollständigen. Dazu gehört insbesondere die Kontrolle der Überschwemmungen am Unterlauf, woraus v.a. die Grossgrundbesitzer Nutzen ziehen würden. Hatte Urra I 7000 Hektaren des Resguardo überschwemmt, würde das neue Projekt gut 50'000 Hektaren und damit die Hälfte der Fläche des Reservats überschwemmen. Für diese Embera-Gruppe hätte dies das Ende ihrer Kultur und Lebensweise zu bedeuten.

Ländliche Entwicklung und Gegenagrarreform

Die Rückgabe geraubter Ländereien und die Verteilung des extrem konzentrierten Grundbesitzes sind eine der wesentlichsten Herausforderungen, um dem Frieden nach der so genannten Demobilisierung der Paramilitärs näher zu kommen. Schon 2001 hatte der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen Kolumbien die Umsetzung einer wirklichen Agrarreform empfohlen. Im Mai 2010 werden die diesbezüglichen Fortschritte in Genf überprüft²². Die Agrarreform und die ländliche Entwicklung werden zudem immer deutlicher zu wichtigen Themen des Wahlkampfes 2010.

In den letzten Jahren fand eine regelrechte Agrar-Gegenreform statt. Offizielle statistische Daten belegen diese: 1984 vereinten 0,5% der Landbesitzer 32,7% der Ackerfläche auf sich, 1996 besaßen 0,4% der Landbesitzer 44,6% der Fläche, heute entfallen auf 0,43% deren 62,9%! Auf der anderen Seite stehen 57,87% der Kleinbesitzer, die 1,66% der landwirtschaftlichen Fläche auf sich vereinen. Vertreibungen stellten kein tragisches Nebenprodukt des bewaffneten Konfliktes, sondern eines seiner Hauptziele dar.

Eine Änderung dieser Situation ist nicht in Sicht. Ein Beispiel dafür ist die mangelhafte Umsetzung des Gesetzes für Frieden und Gerechtigkeit. Kein einziger Paramilitär wurde bisher strafrechtlich rechtskräftig verurteilt, kaum einer machte Aussagen über die gewaltsame Aneignung von Land und die Sonderstaatsanwälte fragten auch nicht danach. Die Verwirklichung des Rechts auf eine gerechte Wiedergutmachung der Opfer ist noch in weiter Ferne;

²¹ <http://justiciaypazcolombia.com/Acusaciones-de-la-Muriel-Mining>

²² <http://www.oidhaco.net/spanish/editorial/index.html>

dies gilt v.a. für die Rückgabe geraubter Ländereien unter sicheren Bedingungen. Vielmehr wurden mehrere Führer von Opfer- und Vertriebenenvereinigungen ermordet, die für eine Rückgewinnung geraubter Grundstücke gekämpft hatten.

2009 erlitt auch das Gesetz zum Schutz der Opfer Schiffbruch, das ein ganzes Kapitel über die Rückgabe geraubter Grundstücke enthielt. Zudem war vorgesehen, spezielle Boden-Gerichte einzurichten. Die Schritte der Regierung und des Parlaments führen jedoch in die andere Richtung. So wurde im Januar 2008 das Gesetz 1182 unterzeichnet, „mit dem ein spezieller Prozess zur Sanierung der Grundstücke eingeführt wird“. Diese Regelung erlaubt, ländliche Grundstücke mit weniger als 10 ha in einem sehr laschen Prozess zu legalisieren, der den Vertriebenen keine reellen Möglichkeiten gibt, die Titulierung ihrer geraubten Ländereien durch die unrechtmässigen neuen Besitzer zu verhindern.

Vor kurzem wurden erstmals genaue Zahlen bekannt, wieviel Land in den letzten Jahren dem organisierten Verbrechen, v.a. dem Drogenhandel, weggenommen wurde²³. Zuständig dafür ist die Nationale Betäubungsmitteldirektion. In den letzten fast 20 Jahren enteignete der Staat Landgüter mit einer Fläche des Departements Caldas oder zweimal Atlantico: 6'968 Grundstücke mit einer Fläche von 789'000 Hektaren wurden enteignet. Auf den ersten Blick sieht das nach einem Erfolg aus. Aber es gibt viele Probleme und Fragezeichen. So wurden den Paramilitärs lediglich 21'481 Hektaren konfisziert, obwohl diverse Studien deren gewalttätige Gegenagrarreform belegen, durch die sie mindestens zwei Millionen Hektaren Land gewaltsam aneigneten. Die Staatsanwaltschaft und die Spezialrichter, die für diese Enteignungsprozesse zuständig sind, gaben zudem einen Drittel der enteigneten Grundstücke wieder zurück. Es scheint, dass diese Rückgaben nicht nur auf juristischen Fehlern bei den Enteignungsprozessen, sondern auch auf der Einflussnahme politischer Mafias beruhen, da an der Karibikküste am meisten konfiszierte Grundstücke wieder zurückgegeben wurden.

Gravierend ist auch, dass der Staat nicht weiss, was er mit diesen konfiszierten Grundstücken machen soll. Da deren Verwaltung aufwändig ist, verkauft er sie meistens und verwendet das Geld für die Reparation der Opfer. Häufig verkauft er aber konfiszierte Grundstücke an guter Lage mit fruchtbarem Boden weit unter ihrem Wert. Dies erfolgt nicht selten an Strohmänner derjenigen, denen das Land abgenommen wurde. Andererseits kauft der Staat übersteuert schlechtes, abgelegenes Land, um Gewaltopfer und Landlose anzusiedeln. Dabei warten 385'000 vertriebene Kleinbauernfamilien auf Land, wofür die Regierung nur 15'000 Hektaren zur Verfügung stellte. Experten fordern deshalb, dass der Staat einerseits die Prozesse zur Besitzrechtserlöschung bei Delinquenz und gewaltsamer Aneignung beschleunigen und andererseits einen Bodenfonds damit äufnen soll, woraus Gewaltopfer entschädigt und neu angesiedelt werden können.

Die staatliche Entwicklungspolitik sieht für den ländlichen Raum aber nur den Grossgrundbesitz und die Agroindustrie als mögliche Entwicklungsstrategie. Kleinbäuerliche Nahrungsproduktion wird praktisch nicht gefördert; die meisten staatlichen Zuschüsse erhalten Plantagen für die Agrotreibstoffproduktion aus Zuckerrohr und Ölpalme. Verschiedene Experten betonen hingegen die Notwendigkeit, die duale Struktur zwischen Grossgrundbesitz (häufig schlecht genutzter, aber fruchtbarer Boden, z.B. extensive Viehwirtschaft) und den übernutzten, kaum existenzsichernden Kleinstbetrieben zu überwinden. Gut genutzter Grossgrundbesitz soll nicht belangt werden. Die mittleren Betriebe sind aber zu fördern und die Kleinstbauern zu sanieren. Durch Parzellenzusammenlegung und Neuansiedlung im Rahmen von Agrarreformmassnahmen soll zudem der Landbesitz dieser Bauern vergrössert werden. Des Weiteren ist eine dezidierte staatliche Politik erforderlich, die Kleinbauern mit angepasster Technik, Vermarktung und subventionierten Krediten unterstützt. Die Kredite und Subventionen, die es heute gibt, gelangen aber fast ausschliesslich in die Hände von Grossgrundbesitzern, Agrounternehmen und Politikern. Selbst das Projekt „Sicheres Einkommen Landwirtschaft“ (Agro Ingreso Seguro AIS), das v.a. für Kleinbauern und Verlierer der wirtschaftlichen Öffnung gedacht ist, vergab Millionen an Unternehmer, Grossgrundbesitzer, Politiker und sogar Schönheitsköniginnen. Für den Kauf von Land für Landlose und Vertriebene waren nur

²³ <http://www.semana.com/noticias-nacion/contrarreforma/132291.aspx>

60 Mia Pesos reserviert. Alleine diejenigen, welche die Kampagne Uribes unterstützten, erhielten aber 34 Mia. Pesos aus AIS. Der ehemalige Landwirtschaftsminister Andrés Felipe Arias sieht auch nichts Schlimmes daran, dass diese Subventionen an die Grossen gehen. Die Subventionierung der Reichen würde die Ungleichheit auch reduzieren, gab er zynisch zu Protokoll. Statt 100 Kleinbauern sei es besser, einen Unternehmer zu subventionieren, der diese dann anstellt.

In verschiedenen Gebieten des Landes kam es zu weiteren Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen sowie illegaler Landnahme und Rodung, um insbesondere Ölpalmenplantagen zu errichten. Beispielhaft für viele andere Regionen soll die kritische Situation im Chocó, an den Flüssen Curvaradó und Jiguamiandó, erwähnt werden. Zwar gibt es Ankündigungen der Regierung, dass das Land den rechtmässigen Besitzern (schwarze Gemeinschaften) zurückgegeben werde, und verschiedene Gerichtsurteile sowie Resolutionen fordern eine Einstellung der Plantagenaktivitäten und die Rückgabe des Landes. Trotzdem geht die Abholzung weiter, um neue Plantagen anzulegen, und die bestehenden Plantagen werden wie bis anhin bewirtschaftet. Die Armee und (ehemalige) Paramilitärs kontrollieren das Gebiet weiterhin und bedrohen die zurückgekehrten Vertriebenen. Von illegalen bewaffneten Strukturen geschützt, zerstören verschiedene illegale Neusiedler die Nahrungspflanzungen der rechtmässigen Rückkehrer, in dem sie z.B. ihr Vieh in die Gärten der Vertriebenen treiben. Zudem kam es zu mehreren gewaltsamen Übergriffen und verschiedenen Morden. So wurden beispielsweise im November 2009 drei Personen – wahrscheinlich von den FARC – ermordet, die den Plantagenbesitzern nahestehen. Die NGO „Justicia y Paz“, welche die zurückgekehrten Vertriebenen begleitet, hat diese Morde verurteilt und denunziert. Trotzdem läuft eine Schmierenkampagne gegen die Menschenrechtsverteidiger, in der diese als Verbündete der FARC und sogar als an den Morden mitbeteiligte Personen dargestellt werden. Infolge der Diffamierungskampagne mussten mehrere Begleitpersonen die Region verlassen.²⁴

4. Schwerpunkte unserer Arbeit

Wirtschaft und Menschenrechte

Die Arbeit der Fachstelle Bern war geprägt durch die Lobbyarbeit zum Freihandelsabkommen der Schweiz mit Kolumbien und zum Thema Bergbau und Menschenrechte. Zusammen mit der Alliance Sud und der Erklärung von Bern (EvB) setzte sich die ask! für ein Moratorium der Ratifizierung dieses Abkommens ein. Wir verlangten eine Nachbesserung im Bereich Menschenrechte und Arbeitsstandards sowie einen Bericht über die Auswirkungen des Freihandelsabkommens auf die Menschenrechtslage. Gemeinsam konnten wir an einem Hearing der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates auftreten und haben sämtliche ParlamentarierInnen mit einer ausführlichen Dokumentation und einem Argumentarium bedient. Dadurch entstand in beiden Kammern eine intensive Debatte einerseits über die Menschenrechtslage in Kolumbien, andererseits über die Wechselwirkung zwischen Freihandel und Menschenrechten. Nichts desto trotz wurde das Abkommen leider im Mai 2009 vom Nationalrat und im September 2009 von Ständerat ratifiziert. Damit ist die Schweiz das erste Industrieland, das ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien ratifiziert hat. In Ländern wie Kanada, der USA und Norwegen ist der Ratifizierungsprozess unter anderem wegen Menschenrechtsbedenken blockiert.

Im Mai besuchte der Fachstellenleiter einmal mehr die Kohlenabbauregionen in den Departementen Cesar und Guajira. Dabei konnten mit der lokalen Bevölkerung und den Gewerkschaften interessante Gespräche geführt und Workshops über ihre Rechte z.B. in Umsiedlungsprozessen durchgeführt werden. Die internationale Präsenz (gemeinsam mit der ask! reisten Personen aus England und den USA mit) ermöglichte es, einige Kernanliegen der Gewerkschaften und der lokalen Gemeinschaften gemeinsam mit diesen bei den jeweiligen Firmen zu deponieren. Die ask! hat auch nach der Reise den Kontakt mit Gewerkschaften

²⁴ Weitere Infos: <http://justiciaypazcolombia.com/-DeVer->

und Bevölkerung gepflegt und auch gegenüber den Firmen immer wieder interveniert und das Gespräch gesucht. Im Oktober waren zwei Gemeinschaftsvertreter aus dem Umfeld der Cerrejón – Mine in der Schweiz, in Deutschland und England zu Besuch. Das Echo auf diesen Besuch war sehr positiv und hat v.a. in Deutschland zur aktiven Unterstützung dieser Gemeinschaften geführt. Leider haben sich all diese Anstrengungen noch nicht in deutlichen Verbesserungen der Arbeits- und Menschenrechte der betroffenen Bevölkerungsgruppen nieder geschlagen.

Negativ ist auch, dass die Kontaktpunkte Australiens und der Schweiz im Frühsommer die Verfahren zu Cerrejón respektive zu BHP Billiton und Xstrata wegen Verletzung der OECD Leitsätze gegen den Willen der Direktbetroffenen und ihrer Vertreter abgeschlossen haben. Die Kontaktpunkte hatten kein wirkliches Schlichtungsverfahren durchgeführt und von den Firmen keine konkreten Zusicherungen eingefordert, um gestützt darauf das Verfahren einzustellen. Ebenso war keinerlei Monitoring vorgesehen. Heute muss festgehalten werden, dass es seit Juni bis Ende 2009 keinerlei Fortschritte in diesen Umsiedlungsprozessen gegeben hat, und sich unter diesem Blickwinkel das Instrument der OECD Leitsätze für Multi-nationale Unternehmen als praktisch nutzlos erwiesen hat.

Weiter hat die Fachstelle Bern verschiedene Besuche von kolumbianischen Menschenrechtsverteidiger und sozialen Führungspersonen begleitet (u.a. der Gewerkschaften Sintracarbón und Sinaltrainal, verschiedene Indigene der Wayúu, der Embera, VertreterInnen von Justicia y Paz etc.). Zum Themenfeld natürliche Ressourcen und Konflikt konnten rund zehn Vorträge gehalten und ein gutes Dutzend Artikel verfasst werden. Der Fachstellenleiter arbeitet zudem weiterhin im Vorstand von Multiwatch sowie im Stiftungsrat von Solifonds und in verschiedenen Lobby- und Arbeitsgruppen zu Wirtschaft und Menschenrechten/CSR Politik mit.

Menschenrechte und Frieden

Die Öffentlichkeitsarbeit der Fachstelle Luzern bestand im 2009 aus den ask-Publikationen (Monatsberichte und Kolumbien-aktuell und Aktualisierung der Homepage), thematischen Inputs und insbesondere den Auftritten der Theatergruppe Arlequin y los Juglares aus Medellin und den beiden Frauen der Ruta Pacifica im Rahmen der Kampagne „Frauen in Kolumbien: Von Kriegsopfern zu Friedensstifterinnen“. Zudem fand in Luzern eine Aufführung des Filmes „Sin tregua“ im Beisein des Regisseurs Juan José Lozano statt. Verschiedene Zeitschriften haben Monatsberichte oder Teile von Kolumbien-aktuell publiziert, so z.B. *ila* oder sie wurden auf die website gestellt (z.B. www.kolko.de)

Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit bildeten zweifellos die Theateraufführungen von Arlequin y los Juglares und die Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne „Von Kriegsopfern zu Friedensstifterinnen“ mit den beiden Frauen der Ruta Pacifica. Im November 2009 wurde erneut ein Kolumbienkurs mit 10 TeilnehmerInnen durchgeführt.

Der Fachstellenleiter in Luzern arbeitete weiter in der NRO-Koordination Schweiz-Kolumbien und bei Suippcol und in der Expertenkommission für Lateinamerika beim Fastenopfer mit. Zudem nahm er die Schweizer Vertretung beim europäischen Netzwerk ODHACO war.

Schwerpunkte der thematischen Arbeit bildeten dieses Jahr vor allem die Umsetzung der Theatergira von Arlequin y los Juglares (Organisation, Logistik, Betreuung und Koordination der Aufführungen) und die Kampagne „Frauen in Kolumbien: Von Kriegsopfern zu Friedensstifterinnen“ (Materialerarbeitung, Umsetzung). Ein weiterer Schwerpunkt war im 2009 die Unterstützung des Lobbyings von alliance sud, evb und der ask gegen den Freihandelsvertrag der Schweiz mit Kolumbien mit Fakten zur Menschenrechtslage. Zudem schlossen wir die Unterschriftensammlung im Rahmen der Kampagne „Mit Vollgas in den Hunger. Brot statt Agrotreibstoffe!“ mit einem Brief an Bundesrätin Doris Leuthard ab, in dem wir auf die anhaltenden gravierenden Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Produktion von Agrotreibstoffen in Kolumbien und auch auf die negativen Auswirkungen des Freihandelsabkommens aufmerksam machten. Bundesrätin Leuthard antwortete der ask mit einem ausführlichen Brief (siehe auf www.askonline.ch).

5. Aktivitäten der Regionalgruppen

Die Regionalgruppe **Bern** hat auch dieses Jahr wieder einige neue Mitglieder erhalten, gleichzeitig wegen Wegzug ins Ausland oder beruflichen Veränderungen aber auch einige Aktivmitglieder verloren. Die Regionalgruppe führte alleine und mit Partnern mehrere erfolgreiche Veranstaltungen durch: am 2. Mai 2009 fand ein Solidaritätssessen und anschliessend die Theateraufführung von Arlequin y los Juglares statt. Mit über 70 verkauften Nachtessen waren wir mehr als zufrieden. Zusammen mit der Unigruppe von Amnesty zeigten wir am 26. Mai den neuen Dokumentarfilm von Frank Garbely, „Der Palmölkrieg“. Eine Untergruppe organisierte zusammen mit Amnesty den Berner Teil der Suippcol - Gira mit den beiden Friedensfrauen aus Kolumbien. Es fand ein Gedenkmarsch und anschliessend eine öffentliche Veranstaltung statt. Marsch wie Veranstaltung waren von knapp 50 Personen besucht. Angestossen durch die Berner Gruppe beteiligte sich ein gutes Dutzend Freiwillige aus allen Regionalgruppen im September an der Traubenernte in La Neuville. Es resultierte eine Einnahme für die ask von etwas über 3000 Franken.

Das Jahr 2009 stand bei der Regionalgruppe **Luzern** im Zeichen der Theateraufführungen mit Arlequin y los Juglares (Vorstellung für Gymnasiasten und öffentliche Aufführung) und dem Brunch mit den beiden Frauen der Ruta Pacifica. Im Rahmen der Kampagne zu den Friedensfrauen konnte Lisa Rohrer auch an einem Wochenende in der Kirche Würzenbach predigen. Dabei verwendeten wir Bilder von Jesús Abad Colorado. Die ask beteiligte sich auch aktiv am Romero-Tag 2009.

Weiter führte die Regionalgruppe in Zusammenarbeit mit dem stattkino die Filmaufführung „Sin tregua“ und einem Gespräch mit dem Regisseur Juan José Lozano durch. Zusammen mit pbi und ai fand am 30. November ein weiterer, gut besuchter Film Anlass statt, diesmal zur Polizeigewalt in Rio de Janeiro mit dem Film „Entre muros e favelas“.

Auch die Regionalgruppe **Basel** hatte wieder ein reich befruchtetes Jahr. Im Frühjahr 2009 organisierte sie Theateraufführung für Kinder mit „Arlequin y los Juglares“. Im Januar und August 2009 führten die Basler Standaktionen zwecks Essensverkauf durch und im Oktober 2009 gab es einen Themenabend zum Film „der Palmölkrieg“ mit der Anwesenheit von Chepe Schönenberger. Einer der Höhepunkte war auch für Basel die Kampagne zu den Friedensfrauen. Am 28. November fand ein Solidaritätssessen mit der Anwesenheit der Friedensfrauen aus Kolumbien statt. Die Planung dieses Anlasses hat sehr viel Zeit in Anspruch genommen und die Gruppe während des Jahres beschäftigt. Am 4. Dezember gab es zudem eine Veranstaltung an der Uni Basel mit Gesprächen und Austausch mit den Friedensfrauen. Die Basler Gruppe beteiligte sich ebenfalls an einem Filmabend von PBI an der Uni Basel mit Juan José Lozano und dem Film „sin Tregua“.

Die Regionalgruppe **Zürich**, unsere jüngste Gruppe, führte ebenfalls das Theater von Arlequin y los Juglares auf und organisierte einen sehr gut besuchten Vortragsabend mit den beiden Friedensfrauen aus Kolumbien Anfang Dezember.

6. Dank

Die ask! dankt allen Organisationen, Hilfswerken, Stiftungen und Einzelpersonen, die durch ihre Unterstützung unsere Arbeit möglich machen. Die ask! verfügt nur über sehr geringe personelle und finanzielle Mittel. Wir glauben, dass wir mit diesen beschränkten Mitteln viel erreichen und ein Maximum herausholen. Ein Dank auch für die gute Zusammenarbeit mit befreundeten Gruppen vor Ort oder auch auf nationaler Ebene, besonders erwähnt seien hier Amnesty International ai und Peace Brigades International pbi, sowie Terre des Hommes tdh in Basel.

Denn unsere Arbeit wäre durch die vielen Hunderten von Stunden Freiwilligenarbeit und das höchst professionelle Engagement vieler Mitglieder und/oder SympathisantInnen der ask schlicht nicht möglich. Wir freuen uns, dass auch immer wieder neue Personen zur ask stossen und ihren Beitrag in die Arbeit der ask einbringen.

Wir danken auch für die vielen Zeichen der Anerkennung unserer Arbeit und die motivierenden und ermunternden Rückmeldungen aus Kolumbien, Europa und der Schweiz. Sie motivieren und bestärken uns, unsere konsequente Menschenrechts- und Friedensarbeit zu Kolumbien engagiert, konsequent und kompetent weiter zu führen.

Wir danken allen, die uns in unserem Engagement bestärken und zählen auch in Zukunft auf Ihre/eure Unterstützung!

Luzern/Bern, 1. Februar 2010

Die Fachstellenleiter: Stephan Suhner und Bruno Rüsche

Verzeichnis der öffentlichen Auftritte und Arbeiten 2009

Fachstelle Luzern

Januar 2009

Jahresbericht 2008 der ask (Analyse der Situation und wichtiger Ereignisse 2008)
Protestbrief aufgrund von Attentat gegen Kankuamos vom 31. Dez. 2008
Protestbrief gegen illegale Explorationsbohrungen von Muriel Mining am Cara de Perro
Antwortschreiben der kol. Botschaft auf den Protestbrief der NRO-K wegen der Ereignisse im Cauca vom Okt. 2008
Treffen mit Karin Etter, Mitarbeiterin Codacop im Cauca (Programa Mujer Acin)

Februar 2009

Replik zu den Thesen der Konrad-Adenauer-Stiftung
Berichterstattung zu den Projekten an Hilfswerke
Monatsbericht (Zusammenfassung des Jahresberichtes)
Interview in swissinfo zum Massaker an den Awá
Kolumbien-aktuell No. 482

März 2009

Kolumbien-aktuell No. 483
Suippcol-Sitzung
Monatsbericht (zu Massaker an Awá)
Treffen mit Rainer Huhle (Veranstaltung zu „Gerechtigkeit oder Versöhnung?“)
Vorbereitungssitzung zur Kampagne „Von Kriegsopfern zu Friedensstifterinnen“
Kolumbien-aktuell No. 484

April 2009

Kolumbien-aktuell No. 485 und 486
Monatsbericht (Interview mit Adriana und Oscar von Los Juglares)
Koordination der Theatergira von Adriana Diosa und Oscar Zuluaga (23. April bis 3. Mai) mit Auftritten in Bern, Basel, Luzern, Zürich und Genf
Ausserordentliche GV der ask in Bern

Mai 2009

Redaktion Monatsbericht (Internationale Beobachterkommission Care perro)
Kolumbien-aktuell No. 487
Lateinamerika – ein Kontinent in Bewegung (Referat in Sursee)
Koordinationssitzung zur Kampagne „Von Kriegsopfern zu Friedensstifterinnen“
Sitzung der NRO-Koordination Schweiz-Kolumbien
Treffen mit Francisco Galán (Ex-ELN)
Filmaufführung „Sin tregua“ und Podiumsdiskussion in Bern (peacewatch-Tagung)
Projekteingabe zur Kampagne „Von Kriegsopfern zu Friedensstifterinnen“
Treffen mit Jesús Flórez und Albeiro Ospina (Fucla und Diözese Quibdó) in Luzern
Treffen mit Luis Ocampo, Bemposta in Basel

Juni 2009

Koordinationssitzung zur Kampagne „Von Kriegsopfern zu Friedensstifterinnen“
Teilnahme am Fastenopfer Koordinationistinnen Treffen
Filmaufführung „Sin tregua“ mit Juan José Lozano im stattkino Luzern, Moderation und übersetzen
Treffen mit Marilen Serna, Beraterin der MINGA und Frauenkomitee Cajibío, Cauca
Kolumbien-aktuell No. 488
Redaktion des Monatsberichtes (Die Gewalt hat viel verändert)

Juli 2009

Ferien

August 2009

Kolumbien-aktuell No. 489
Koordinationsitzung zur Kampagne „Von Kriegsopfern zu Friedensstifterinnen“
SUIPPCOL-Sitzung in Bern
Interview swissinfo zu Massakern an Awá, US-Basen, Konflikt Kolumbien-Venezuela

September 2009

Aufführung des Films „Der Palmölkrieg“ von Frank Garbely, Podium mit Röbi Koller, Frank und Chepe in der HSA Luzern
Tagung in Immensee zum Thema „Es reicht. Widerstand in Stadt und Land!“ (Chepe, Markus Büker, Susanne Brenner, Fernando Torres)
Interview mit Fernando Torres
Vorbereitung für gemeinsamen Filmabend von ai, pbi, ask in Luzern
Treffen mit Jair Hernandez, Cali
Veranstaltung mit Fernando Torres im Sentitreff „Ein Kolumbianer in Luzern“
Kolumbien-aktuell No. 490
Redaktion des Monatsberichtes (Internationale Präsenz schafft Schutz für Gemeinschaften)
Treffen mit Irma Garcia, SUIPPCOL in Bern
Sitzung der NRO-Koordination Schweiz-Kolumbien
Verabschiedung von Brigitte Anderegg, Solifonds
2 Tage Traubenlese in Neuveville für ask
Treffen mit Adolfo Pérez Esquivel, Tagung zu Versöhnung (Simultanübersetzung)
Veranstaltung „Migration als Chance – der Beitrag der Diaspora zu Friedensprozessen“ in Luzern

Oktober 2009

Treffen mit Matthias Sticher, BMI, Tumaco
Buchbeitrag für TPP zur Geschichte der Gewalt in Kolumbien „Estrategias de represión – cambiando en el tiempo, persiguiendo un mismo objetivo“
Koordinationsitzung zur Kampagne „Von Kriegsopfern zu Friedensstifterinnen“
SUIPPCOL – Sitzung in Bern
Monatsbericht (Interview mit Fernando Torres)
Dokumentation zur Kampagne „Von Kriegsopfern zu Friedensstifterinnen“
Veranstaltung mit Martin Sandoval und Ramiro Orjuela (Kampagne zu MR-VerteidigerInnen)
Kolumbien-aktuell No. 491

November 2009

Treffen mit Amadeo Eberle
Übergabesitzung mit Gisela und Stephan
Kolumbien-Kurs (10 TN)
OIDHACO-Sitzung in Madrid
Teilnahme am Solidaritätessen mit den Friedensfrauen in Basel
Mitorganisation des Brunch mit den Friedensfrauen in Luzern, Begleitung
Mitorganisation des Filmanlasses von pbi, ai und ask „Entre muros e favelas“ zur Polizeigewalt in Rio de Janeiro

Dezember 2009

Treffen und Austausch mit Bettina Reis
Treffen mit Juan Lucio (Berater im Team von Sergio Fajardo)
Einführungsveranstaltung für IT-Ausreisende nach Kolumbien
Vorbereitung, Organisation und Leitung des Treffens der NRO-Koordination in Luzern
Rückblick und Herausforderungen an die NRO-Koordination (Diskussionspapier)
Redaktion Monatsbericht

(Unvollständiges) Verzeichnis öffentlicher Auftritte und Aktivitäten im Jahr 2009

Fachstelle Bern

Multiwatch

Teilnahme an acht Sitzung des Vorstands von Multiwatch
Mitorganisation der GV von Multiwatch am 1. April 2009 und der Retraite vom 12. September 2009
Leitung der Arbeitsgruppe "Bergbau"; Betreuung der Dossiers „Xstrata“ und „Glencore“
Mitorganisation einer Veranstaltung zu Bergbau und Holcim in Guatemala zusammen mit Guatemala-netz

Solifonds

Teilnahme an zwei Stiftungsratsitzungen 6. Mai und 12. November 2009
Diverse Mailkonsultationen über die Bewilligung von Projekteingaben

Artikel und Publikationen

Artikel in Global+, Sommer 2009, von Michel Egger, Zitat von Stephan Suhner zu Xstrata-Eingabe beim Kontaktpunkt des SECO
Artikel in Neue Zuger Zeitung, 13. Oktober 2009, Glencore Gegner protestieren in Zug
Kurzinterview am 12. Oktober 2009 mit Radio Rabe zu Demo bei Glencore/Xstrata vom 12. Oktober
Interview mit Radio DRS, Ulrich Achermann, zu Ölpalme und Politik, Ausstrahlung am 14. November 2009
Artikel für Horyzon zu deren Engagement in Kolumbien, November 2009
Artikel in L'Événement syndical von UNIA und Services publics des VPOD zum Besuch von Yoe Arregoces und Wilman Palmezano, Oktober 2009
Ralph Pöhner: Sie versetzen Berge....., Artikel zu Glencore in Die Zeit, 6. Oktober 2009, Zitat von Stephan Suhner
Artikel zu OECD Verfahren in „Einblicke“ des FO und BfA, Herbst 2009

Öffentliche Auftritte und Anlässe

Projekttag mit Schulklassen des Götheanum Basel, mit Sabine Droz, zu Agrotreibstoffen und Ernährungssicherheit, Basel, 10. Februar
Teilnahme an Public Eye Award Preisübergabe bei der BKW, 20. Februar 2009
Teilnahme an einem Vernetzungstreffen zu Kohle in Deutschland, 28. Februar 2009
Vortrag mit Dominique Rothen zu Agrotreibstoffen, Grenchen, 2. April 2009
Vortrag in Stuttgart zu Bergbau, Agrotreibstoffe und Menschenrechte im Rahmen eines Filmzyklus, 19. April 2009
Mitarbeit bei Theatergira von „Juglares“, u.a. Bern 2. Mai 2009.
Teilnahme an Multi Stakeholder Meeting des Cerrejón in London, 5. Mai 2009
Teilnahme am Swissaid Symposium zu EITI (Zuhörer), Zürich, 9. Juni 2009
Vorträge mit Yoe und Wilman zu Umsiedlungen und Cerrejón, in Bern, Genf und Lausanne, 13. bis 18. Oktober 2009.
Input an Retraite des FO und BfA zu Cerrejón/Bergbau für Fastenkampagne 2011, Luzern, 4. November 2009
Mitorganisation einer Veranstaltung zu Bergbau und Holcim in Guatemala, zusammen mit Guatemala-netz und Multiwatch, 17. November 2009
Mitbeteiligung an Suippcol/ask-Kampagne „Friedensfrauen“, Mithilfe am Vortragsabend in Bern (25. November) und Übersetzung in Zürich am 3. Dezember 2009

Public Eye 2009, Gira von Freddy Lozano und Jairo Quiroz

Entgegennahme des Positiv - Preises mit Jairo Quiroz und Freddy Lozano am 28. Januar in Davos, kurze Laudatio auf die Preisgewinner
Artikel und Kurzbeiträge zum Preisgewinn von Sintracarbón in vielen Zeitungen und Radios der CH; weiter Verbreitung in Spanischen Publikationen, u.a. dank Gustavo Capdevila von IPS.
Artikel in L'Événement syndical vom 12. Februar 2009
Artikel in Wendekreis: „Erfolg für engagierte Gewerkschafter“, Nr. 4/5, April/Mai 2009

Übersetzen und Koordination des Vortrages von Fredy Sepulveda am Anderen Davos, Zürich 30. Januar

Eigener Vortrag zu Agrotreibstoffen und Bergbau, Übersetzen der Inputs von Fredy Sepulveda, Fredy Lozano und Jairo Quiroz, Tadel:Los, Davos, 31. Januar

Vorträge in Bern, Lausanne und Genf

Treffen mit ICEM und verschiedenen ILO Funktionären, v.a. zu Gesundheit am Arbeitsplatz (ILO Konventionen 155 und 176)

Besuch von Yoe Arregoces und Wilman Palmezano, 10. Oktober bis 31. Oktober 2009

12. Oktober, Demo in Zug zu Glencore und Xstrata, mehrere Vorbereitungssitzungen dazu, Verfassen und Übersetzen von Medienmitteilungen und Communiqués sowie eines Forderungskataloges. Pressarbeit. Ersuchen um Gespräche bei Xstrata und Glencore - abgelehnt. Spontaner Besuch bei beiden Firmen anlässlich der Demo.

13. Oktober, Treffen bei SECO Nationaler Kontaktpunkt, Follow-up zu OECD Eingabe
Halböffentliche Treffen mit interessierten Kreisen und Vorträge in Bern, Lausanne und Genf

Treffen mit Solifonds, Amnesty, Multiwatch, GfbV

Interviews und Artikel mit Neue Zuger Zeitung, Swissinfo, Work, IPS Gustavo Capdevila, L'Evènement syndical und Services publics des ssp-vpod.

5 Tage Deutschland mit FIAN und Misereor, mehrere Zeitungsartikel, gute Vernetzung mit Bürgerinitiativen BI gegen KoKW, Kontakte mit Kraftwerksbetreibern

1 Woche England, Auftritt an der Aktionärsversammlung von BHP Billiton, Treffen mit Xstrata, BHP und Anglo American; Presstermine, Vorträge, Treffen mit UK NCP, Parlamentariern und NGO.

Lobbyarbeit zum Freihandelsabkommen Schweiz - Kolumbien

Monatsbericht Nr. 1/2009. Januar 2009

Erstellen einer Lobbystrategie und Dokumentation zusammen mit EvB und Alliance Sud

Teilnahme mit Input am Hearing in der APK Nationalrat, 6. April 2009

Brief an ausgewählte Nationalräte

Besuch von Jorge Robledo: Vortrag zusammen mit NR Carlo Sommaruga am 27. April 2009 in Genf, Treffen mit einem Dutzend Parlamentarier am 28. April, Pressekonferenz.

Gute Berichterstattung über die Abstimmung vom 25. Mai 2009 im Nationalrat

Ständerat: Miterarbeitung und Übersetzung eines Communiqués, 22. September 2009 (mitgetragen von: Verein Indigène, Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien, Centre Europe-Tiers Monde (CETIM), Centre culturel Tierra Incognita, Incomindios, Comité jurassien de Solidarité avec le Peuple Sahraoui, Coordination Climat et Justice Sociale)

Brief an alle Ständeräte am 22. September 2009

Kolumbienreise 9. Mai bis 6. Juni 2009:

Treffen mit Nestlé und Sinaltrainal;

Besuch der Minenregion in Cesar, Teilnahme an Foren und NGO Meetings, Besuch von Dörfern an der Bahnlinie und im Einflussbereich des Hafens von Prodeco in Santa Marta, Treffen mit Gouverneursamt Cesar (Sekretärin für Bergbaubelange) und den Bürgermeistern von La Jagua und Ciénaga, Treffen mit mehreren Gewerkschaftssektionen (Sintramienergetica und Sintraime) und von Vertreibung betroffenen Gemeinschaften, Diskussionen mit Xstrata (Anwesenheit in Kolumbien des internat. Kohlenmanagers und der Social Responsibility Managerin) und Prodeco in Bogotá;

Cerrejón: Treffen mit Sintracarbón, Besuch der Gemeinschaften zusammen mit CAJAR, APP, Christian Aid und Espacio Bristol/Red de Hermandad; mehrere Gespräche mit Cerrejón; Treffen aller Gemeinschaften und lokaler Behörden mit dem Cerrejón – Management. Lobby- und Advocacy – Besuche bei mehreren Ministerien in Bogotá (Bergbau, Landwirtschaft, Inneres).

Recherchen zu Agrotreibstoffen; Teilnahme an Suippcol-Workshop in Villarica, Norte del Cauca.

Permanente **Begleitung der Gewerkschaften** Funtraenergetica, Sintramienergetica, Sintraime und Sintracarbón, Advocacy und Lobby mit Urgent Actions und Begleitung. **Permanente Begleitung** der von **Umsiedlung betroffenen Gemeinschaften** in La Jagua und v.a. rund um Carbones del Cerrejón. Permanenter Druck auf Cerrejón und Mutterkonzerne, Kontakt mit zuständigen Regierungsstellen in Kolumbien, Vernetzung mit NGOs (Kolumbien, GB, UK und Deutschland) und Experten (Kolumbien und Weltbank). Zu Ende führen der OECD-Eingabe zu Xstrata beim SECO Nationaler Kontaktpunkt.

Mitarbeit beim **Dialog mit SECO und EDA zu Ruggie Normen**, vier Sitzungen zur Vorbereitung (mit FO, AI, EvB BfA und GfbV) und ein Treffen mit SECO und EDA (Elmiger und Greminger). Mitarbeit in der ECCJ-/CSR Kampagne (rund ein Dutzend NGOs). Zu Ende führen der OECD Eingabe zu Xstrata und intensives Lobby im Hinblick auf die Revision der Guidelines 2010 (u.a. mit OECD Watch)

Mitarbeit in der Plattform Agrotreibstoffe: mehrere Sitzungen und thematische/anlassspezifische Untergruppen

Mitarbeit am Kolumbiendialog der NRO Koordination mit dem SECO, zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Kolumbien als SECO – Schwerpunktland und zu Freihandelsabkommen.

Besuche

Freddy Lozano und Jairo Quiroz, Sintracarbón (Cerrejón), Public Eye Preisträger, Januar 09

Fredy Sepúlveda, Sinaltrainal, Anderes Davos

Senator Robledo, Lobby gegen Freihandel, 27./28. April 2009

Theatergruppe Arlequín y Los Juglares (Adriana und Oscar aus Medellín), Anfang Mai 2009

Karmen Ramirez Boscán (alias Wayunkerra), Fuerza de Mujeres Wayuu, Oktober 2009

Yoe Arregoces und Wilman Palmezano, Leader der Gemeinschaftsräte aus Roche und Chancleta, Guajira (Cerrejón). 10. – 31. Oktober 2009

Besuch von Rodolfo Vecino, USO, Oktober 2009

Besuch von Miguel Fernando Solís und Javier de León, Guatemala, zu Holcim, 16./17. November 2009 (Vortrag, Treffen bei SECO und Holcim).

Delegation aus dem Sinú: Embera Katios Nora Domicó und Belisario Domicó Bailarín, 23. November 2009 (Treffen in EDA, mit Swissaid, Solifonds, Multiwatch und Incomindios)

Alejandra Miller und Melania Gurrute, Ruta Pacífica, 25. November bis 3. Dezember 2009

Verschiedenes

Mehrere Besuche mit Delegationen bei EDA und SECO

Begleitung der im Oktober 07 eingereichten Klage wegen Verletzung der OECD Leitsätze durch Xstrata/Cerrejón beim NCP im SECO, mehrere Treffen im SECO und Korrespondenz mit Australischem Kontaktpunkt, Verfahren wurde im Juli 2009 beendet.

Kolumbienkurs, 10 TeilnehmerInnen, 21. November 2009

Beratung und zur Verfügung stellen von Materialien für Arbeiten zu Kolumbien an Schüler und Studierende

Dezember 2009

Stephan Suhner